

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Wölbnerstraße 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach Dresden Nr. 18 093, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schiffverteilung: Dresden-Alt, Wölbnerstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 15-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich geformte Komposition oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Anzeigenzeitung einschließlich in den befristeten Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme freitags bis 9 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt, Wölbnerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen Hauptpostämtern befindet sich Anschlag auf Bestellung der Zeitung oder auf Abschaltung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 20. August 1928

Nummer 194

Die SPD-Minister bleiben in der Koalition

Vertrauensvotum für Hermann Müller / Der Parteiausschuss für die Fortsetzung der Panzerkreuzerpolitik

Verhöhnung der Arbeiter

Die gemeinsame Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses mit der Reichstagsfraktion dauerte bis Sonnabend bis in die 19. Stunde. Am Samstag waren 170 Vertreter. Dem Parteiausschuss lagen die Beschlüsse der sächsischen Parteiorganisationen auf dem Altar. Der sozialdemokratische Minister aus der Reichsregierung vor. Nach einer langen Diskussion wurden die Vorschläge auf Austritt der SPD aus der Regierung abgelehnt und nach folgender Beschlüsse für die Fortsetzung der Panzerkreuzerpolitik, für die Fortsetzung des Panzerkreuzerbaues gegen 30 Stimmen angenommen:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der sozialdemokratische Parteiausschuss treten dem am 13. August gefassten Beschlusse des Parteiausschusses über die Haltung der Reichsregierung gegenüber Parteigenossen zu der Zusage, die Fortsetzung des Panzerkreuzerbaues zu unterstützen.“

„Die sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der sozialdemokratische Parteiausschuss unterstützen die Fortsetzung der Panzerkreuzerpolitik und der Panzerkreuzerbaues, die die Ausführung eines vom Reichstag beschlossenen Gesetzes betraf, trotz ihrer grundsätzlichen abweichenden Auffassung über einen Ertrag des Panzerkreuzerbaues nicht die Notwendigkeit ab, unsere Genossen zum Austritt aus dem Kabinett anzuhalten.“

Dieser Beschluss ist ein voller Sieg der Panzerkreuzer-Sozialisten. Er zeigt, was die Arbeiter von den linkssozialdemokratischen Parteien zu halten haben. Die ganze Klasse der Sender, Fleischhauer, Edel und Genossen, der Graupe, Böckel, Seydewitz, Levi, Lipinski und Hermann Liebmann ist auch in dieser Situation nichts anderes als ein glattes Betrugsmandat, um die Erregung der sozialdemokratischen Wählerchaft abzumildern und einzudämmen. Schon in der Versammlung der SPD-Funktionäre in Dresden propagierten die Aufhänger und Genossen als Schlussfolgerung auf die Panzerkreuzerpolitik die Einigkeit der SPD. Diese Einigkeit bedeutet Einigkeit mit den Panzerkreuzerministern. Dem Arbeiter wird vorgeschwindelt, die sozialdemokratischen Minister hätten nicht anders gefasst als den Beschluss des Reichstages durchzuführen.

Aber in der Leipziger Volkszeitung vom Sonnabend widerlegt der SPD-Mann Karl Herz, Berlin, selbst diesen Schein und erklärt: „Diese ganze Darstellung ist haarscharf falsch und nur geeignet, die breite Öffentlichkeit irrezuführen.“ Herz weist dann darauf hin, daß auf Einpruch des Ministers der Finanzangelegenheiten die Durchführung des Beschlusses unterbleiben mußte. Wegen dem Einpruch des Finanzministers konnte der Beschluss nur durchgeführt werden, wenn er von der Mehrheit der Minister gefast, und der Reichstagsfraktion mit dieser Mehrheit geteilt hätte. Herz schlussfolgert daraus, die sozialdemokratischen Minister hätten, insbesondere da Reichsfinanzminister und Reichsfinanzsozialdemokraten seien, den Bau des Panzerkreuzers verhindern können. Die sozialdemokratischen Minister haben aber gar nicht den Willen gehabt, den Bau des Panzerkreuzers zu verhindern. Das Sächs. Volksblatt, Zwickau, schreibt unter der Überschrift „Nur fünf Minuten“:

„Den Ministern ist dieser Beschluss nicht so viel Kopfschmerzen gemacht, sie sind sich scheinbar gar nicht bewusst gewesen, daß sie eine große politische Entscheidung getroffen haben, sie haben sich friedlich zusammengesetzt, haben nichts gestritten, nichts diskutiert und in fünf Minuten waren sie mit der erledigung der wichtigsten Angelegenheit fertig, in fünf Minuten waren die Männer „einig“, die vor der Wahl in den verschiedensten Lagern heftig gegeneinander um diesen Panzerkreuzer gekämpft haben.“

Die sozialdemokratische Presse gibt also selbst zu, daß die sozialdemokratischen Minister gar nicht im geringsten daran gedacht haben, ihr Wahlversprechen einzulösen, sie haben die Parole „Gegen den Panzerkreuzer wählt SPD“ mit der vollen Absicht des Betrugs der Wähler herausgegeben. Was das aber bei den „Linken“ anders? Keineswegs, auch sie haben gewußt, daß sie die Massen betrügen,

Die Demonstration der 100 000

Die Beteiligung am Mitteldeutschen Treffen in Leipzig übertrifft alle Erwartungen

Leipzig, 20. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Rote Treffen gegen die Rüstungspolitik, gegen die Kriegsgefahr, gegen die Koalitionspolitik, für den Volkseinstieg gegen die Panzerkreuzerpolitik gestaltete sich zu der größten Kundgebung, die Mitteldeutschland seit Jahren gesehen hat und konnte sich mit dem Berliner Pfingsttreffen des KPD messen. Es waren etwa 50 000 uniformierte Rote Frontkämpfer in Leipzig als Gäste eingetroffen. Weitere 50 000 werktätige Männer und Frauen konnte man zählen, die aus den Betrieben Mitteldeutschlands nach Leipzig geeilt waren. Erzgebirgs-Bogland beteiligte sich allein mit über 100 Bataillonen, Berlin-Brandenburg wurde durch 8000 Frontkämpfer vertreten. Nicht nur aus Mitteldeutschland, selbst aus Hamburg, Stettin und Hannover waren Delegationen herbeigeeilt. Die auswärtigen Massen sammelten sich auf dem Augustusplatz in Leipzig, der von vielen Tausend Leipziger Proletariern umflutet war. Begeistert ausgenommen wurden die im ostjüdischen Zug mitgeführten Köpfe der Panzerkreuzerpolitik und die rüstige Panzerkreuzertruppe der Delegation des Stadtteil 1 Dresden. Stark war neben KPD, Jungfront und KPD auch die kommunistische Jugend vertreten, die sich geschlossen an dem Mitteldeutschen Treffen beteiligte. Die

mit gnüßlicher Offenheit bekennend dies Paul Levi ebenfalls im Sächs. Volksblatt:

„Daß der Beschluss des Reichskabinetts über den Panzerkreuzer überraschend gekommen sei, kann ich leichthin niemand behaupten. Man sah ihn kommen; man konnte ihn schon im Augenblick der Kabinettsbildung. Denn es war ganz klar: die Panzerkreuzerfrage war von allen sogenannten politischen Fragen, die zur Zeit der Kabinettsbildung eine Rolle spielten, die einzig wirklich politische Frage... Sah man also damals von der Ausgrabung dieser Frage ab, so lag die Lösung allein in der Richtung des faulen Kompromisses, das jetzt abgeschlossen worden ist... Daß es also so kommen mußte, hätten sich eigentlich alle sagen müssen, die damals, im Banne der Bürgerblöcke, die Koalition wollten und heute sich erstaunen über die ersten Früchte der geschaffenen Bildung. Die etwas anders erwartet haben, haben Folgen vom Disziplinmangel erwartet, was, wenn er sie nicht gibt, nicht gegen die Intelligenz des Mittelstandes spricht.“

Links und rechte SPD-Führer waren sich vom Anfang an klar darüber, daß die sozialdemokratischen Minister bei Panzerkreuzer bewilligen werden. Mit seinem Artikel enthält Paul Levi, die Anwartschaftigkeit der Opposition in der SPD. Er zeigt damit auf, daß alle die radikalen Köpfe der „Linken“ keinen anderen Sinn haben, wie die Arbeiter bei der Stange zu halten.

Wie in Dresden, so hatten auch in anderen Teilen Sachsens die SPD-Funktionäre sich gegen den Ministerbeschluss ausgesprochen. In Leipzig hielt Lipinski eine seiner bekanntesten Vortragsreden. Die Funktionäre nahmen gegen eine Stimme folgende Resolution an:

„Die Funktionäre der SPD Groß-Leipzig haben sich in einer Sitzung vom 17. August d. J. mit dem Beschluss des Kabinetts, den Bau des Panzerkreuzers in Angriff zu nehmen, beschäftigt und festgestellt, daß dieser Beschluss unter der Arbeiter- und Parteigenossenschaft eine außerordentliche Bewegung hervorgerufen hat. Diese Erregung ist um so berechtigter, als die sozialdemokratischen Minister, im Gegensatz zur Haltung der Reichstagsfraktion und der Partei im Reichstagswahlkampf, dem Panzerkreuzer zugestimmt haben. Die Funktionäre sind der Auffassung, daß die Zustimmung zu Kabinettsentscheidungen mit den Grundgedanken der Partei und den Beschlüssen, wie sie auf dem Internationalen Kongress in Brüssel zu gleicher Zeit gefasst wurden, nicht vereinbar ist.“

Die zur Rechtfertigung des Beschlusses angeführten Argumente vermögen die Funktionäre nicht anzuerkennen, sie sind vielmehr der Meinung, daß die Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers die zwangsläufige Folge dieser Regierungskoalition ist. Der Kabinettsbeschluss stellt weiterhin eine unvermeidliche Verpflichtung des Kabinetts dar. Die Verantwortung für eine solche Koalitionspolitik kann die Partei nicht tragen. Die Funktionäre der SPD Groß-Leipzig fordern deshalb

Jugend marschierte unter der Losung: „Nur über unsere Leichen geht der Weg nach der Sowjetunion.“ Auf dem Augustusplatz sprachen 10 Redner zu den Massen.

Gegen 14,30 Uhr zogen sich die Massen in Bewegung nach dem Sportstadion. Der Zug dauerte über 2 1/2 Stunden. In den Straßen, die die Menge passieren, standen bis in die Höhe gestaffelt die Leipziger Arbeiter und Arbeiterinnen, um den Demonstrierenden ihre Solidarität mit dem Aufmarsch zu bekunden. Die Stadthalle waren in ein Meer von Rot getaucht. Auch in den Vorstädten, wo bekannt war, daß in der Hauptstadt sozialdemokratische organisierte Arbeiter wohnen, waren die Häuser geflaggt. Aus allen Fenstern grüßten und winkten rote Frauen. Im Sportstadion sprach noch einmal Willi Neow zu den Massen und als Vertreter des Zentralkomitees der KPD Genosse Hugo Oberlein. Während der Kundgebung umkreiste ein Flugler, von dessen Tragflächen zwei riesige rote Flaggen mit der weithin lesbaren Aufschrift „Rot Front!“ flatterten, das Stadion und warf dann, auf 50 Meter Höhe gehend, unter tosendem Beifall der Hunderttausende einen roten Sowjetstern ab.

(Ausführlicher Bericht über den Verlauf der Kundgebung und der ostjüdischen Beteiligung siehe 2. Seite.)

den Austritt der sozialdemokratischen Minister aus der Regierung.

Sie verlangen die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitag, um grundsätzlich zur Fortsetzung von Sozialdemokraten an der Regierung Stellung zu nehmen.“

Überall verlangten die Funktionäre einen Austritt aus der Regierung, aber schon hatte der SPD-Vorstand die Erklärung fertig, daß man in der Regierung bleiben müsse. Das heißt, der Panzerkreuzer wird gebaut, gebaut mit Zustimmung der Sozialdemokraten.

Parteiausschuss und Reichstagsfraktion haben entschieden. Die Sozialdemokraten bleiben in der Regierung. Dieser Beschluss bedeutet die glatte Verhöhnung der Arbeiter, aber mehr noch, es bedeutet das Treugelübnis der SPD nicht nur zum Panzerkreuzerbau, sondern darüber hinaus zur ununterbrochenen Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie. Das Bürgerturnier jubelt über den Beschluss, die DZ schreibt: „Der Panzerkreuzer hat seinen Zweck erfüllt.“ Der Dresdener Anzeiger schreibt von einem Sieg der ruhigen und vernünftigen Führung, jeder Gedanke an eine Koalition sei nun völlig gegenstandslos geworden. Vor allem aber sei außerordentlich wichtig, daß die Sozialdemokraten gesonnen sind, ihren zum einmal eingegangenen Regierungskurs mit großer Entschiedenheit fortzusetzen.“ Der Anzeiger fügt dann hinzu, daß es der geschickten Regierung gelungen sei, die Panzerkreuzerfrage in den Hintergrund zu drängen und andere Fragen in den Vordergrund zu stellen. Die Sozialdemokraten versuchen durch ein Manöver mit der Aussenpolitik die Aufmerksamkeit von dem Panzerkreuzerbaue abzulenken.

Der linke Montag-Morgen berichtet, daß die bekannte Resolution in der Fraktion der SPD vom Sonnabend gegen eine Minderheit von etwa 20 Stimmen angenommen wurde und einen Abschnitt enthält, der als vertraulich erklärt und nicht veröffentlicht wurde. Der Reichstagspräsident Böhme hatte eine Entschließung eingebracht, die schon jetzt festlegen sollte, daß die 2. und 3. Rate zum Bau des Panzerkreuzers abzulehnen sei. Um diese Resolution drehte sich der größte Teil der Debatte. Besonders Hermann Müller vertrat die Ansicht, daß diese Entschließung einen sofortigen Austritt der Minister zur Folge haben müsse und daher unannehmbar sei. Nach sehr erregter Auseinandersetzung wurde die Löbliche Resolution abgelehnt. Die Ablehnung dieser Resolution zeigt ganz klar, daß die SPD gewillt ist, die weiteren erforderlichen Bewilligungen vorzunehmen.

Der Vorwärts verteidigt natürlich den Beschluss mit allen Mitteln. Als Ablenkungsmanöver entpuppt er eine

un
bahn
00
IZ
ten zur
sam-
Bällen
Frau
ark
hönem
r ge-
traße 4
k
11
Frau
SSN
ebung
2. Mai
öhne
S
F
er
ten
IN
LA
T